

30 JAHRE MAUERFALL: AKTIVES ERINNERN GEGEN POLITISCHE BRANDSTIFTER

Arnold Hansen, Landesvorsitzender FREIE WÄHLER

Zum dreißigsten Jahrestag des Mauerfalls erinnern die FREIEN WÄHLER Niedersachsen an herausgehobene Stellung des Bundeslandes zur Zeit der innerdeutschen Teilung. Niedersachsen war nicht nur das Bundesland mit dem längsten Abschnitt der innerdeutschen Grenze, sondern auch Sitz der Zentralen Erfassungsstelle für Gewaltakten an der Zonengrenze. Die über 40.000 Fallakten, welche innerhalb von 30 Jahren angelegt worden sind, zeigen deutlich, dass die innerdeutsche Teilung ein historisches Unrecht gewesen ist und bis heute tiefe Spuren im Grenzgebiet hinterlassen hat.

Arnold Hansen, Landesvorsitzender FREIE WÄHLER Niedersachsen, drängt darauf, dass die Lehren aus der schmerzhaften innerdeutschen Teilung nicht vergessen werden: „Das heute wieder täglich bis zu 50.000 Fahrzeuge über die A2 von Hannover in Richtung Magdeburg unterwegs sind, war vor 30 Jahren noch undenkbar. Durch die friedliche Revolution und dem Fall der Mauer endete glücklicherweise diese unrühmliche Phase der deutschen Trennung. Das heute jedoch politische Brandstifter versuchen mit einer Verkehrung der DDR-Vergangenheit und der frühen Nachwendjahre die Gesellschaft für ihre eigene Zwecke zu spalten, darf nicht hingegenommen werden. Wir müssen dieser Geschichtsverfälschung ein aktives Erinnern entgegensetzen.“

Die FREIEN WÄHLER Niedersachsen setzen sich deshalb dafür ein, dass der ehemalige Grenzverlauf noch stärker als geschichtspolitischer Erinnerungsort gefördert wird. Vereine wie „Grenzenlos. Wege zum Nachbarn e.V.“ aus der ehemaligen Grenzregion Helmstedt zeigen wirkungsvoll auf, dass aktives aufeinander zugehen auch heute noch ein wirksames Mittel gegen eine fälschliche Vereinnahmung der gemeinsamen Geschichte ist.

„Heute sollte nicht mehr Ost gegen West ausgespielt werden können. Lüchow-Dannenberg und die Prignitz haben heute mehr gemeinsam als Prignitz und Potsdam. Die Herausforderungen liegen vielmehr im Unterschied zwischen Stadt und Land als zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern. Hier müssen wir ansetzen, um zukunftsfähige Perspektiven zum Erhalt einer lebenswerten Heimat zu entwickeln. Die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze haben in den letzten dreißig Jahre hierfür eine wirkungsvolle Ausgangsbasis geliefert. Statt uns in einer neuen Neiddebatte auseinander treiben zu lassen, sollten wir gemeinsam bundeslandübergreifend die ländliche Daseinsvorsorge stärken und ausbauen“, so Hansen weiter.